NOV 17 1936
LIBRARY

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Freitag, 30. Oktober	Nr. 1444

Josef Wagner Reichskommissar für die Preisbildung.

Berlin, 29. Oktober. Der Führer und Reichskanzler hat auf Grund des Gesetzes zur Durchführung des Vierjahresplanes — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung — vom 29. Oktober 1936 den Oberpräsidenten und Gauleiter der NSDAP., Preußischen Staatsrat Josef Wagner, zum Reichskommissar für die Preisbildung ernannt mit der Maßgabe, daß er seine bisherigen Aemter behält.

Goethe-Ehrung in Rom.

Rom, 29. Oktober. Die 150. Wiederkehr des Jahrestages der Ankunft Goethes in Rom wurde am Donnerstag mit einer Reihe von deutsch-italienischen Kundgebungen aller interessierten Kreise festlich begangen. Nach einer gemeinsamen Kranzniederlegung am Goethedenkmal in der Villa Borghese durch die Deutsche Botschaft, die deutschen wissenschaftlichen Institute, das italienische Kulturinstitut für germanische Studien und die Stadt Rom fand nachmittags im Goethehaus eine musikalische Gedenkfeier statt, an der sich Vertreter von Kunst und Wissenschaft in Rom zahlreich beteiligten. Auch eine Festaufführung von „Iphigenie auf Aulis", die Goethe im Winter 1786/87 in Rom vollendet hat, gestaltete sich in der hervorragenden Wiedergabe durch Schauspieler des Dresdner Staatstheaters zu einer eindrucksvollen Feier des deutsch-italienischen Geisteslebens.

Schulkreuzer „Emden" in Warna.

Warna, 29. Oktober. Zu Ehren der Besatzung des Schulkreuzers „Emden" gab der Kommandeur der Garnison von Warna, General Popoff, ein Festessen, zu dem das Offizierkorps der Garnison, Generalkonsul von Ungelter sowie ein Vertreter der NSDAP.-Landesgruppe Bulgarien und des Stützpunktes der NSDAP. Warna erschienen waren.

In einer herzlichen Begrüßungsansprache brachte General **Popoff** seine besondere Freude darüber zum Ausdruck, daß es gerade die „Emden" sei, die als erstes deutsches Kriegsschiff nach dem Weltkrieg einen bulgarischen Hafen anlaufe, denn der Name „Emden" sei der Inbegriff deutscher Tapferkeit und Mannhaftigkeit. „Das bulgarische Volk bewundere aufrichtig die großen Fortschritte des neuen Deutschlands. Bulgarien freue sich über diese Fortschritte, denn nur ein starkes Deutschland vermöge den wahren Frieden zu sichern und sich für die Wiederherstellung der verletzten Gerechtigkeit in der Welt einzusetzen." Der General schloß seine Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Führer und Reichskanzler, das deutsche Volk und die ruhmreiche deutsche Flotte.

In seiner Erwiderung bat der Kreuzerkommandant, Kapitän z. S. **Lohmann**, hervor, daß der festliche Empfang von Schiff und Besatzung durch die Bulgaren alle Erwartungen übertroffen habe. Immer wieder könne er feststellen, daß die alte Kriegskameradschaft noch in besonders guter Erinnerung sei. Kapitän Lohmann schloß seine Ansprache mit einem Hoch auf König Boris, das bulgarische Volk und die bulgarische Wehrmacht.

Für Vereinigung der deutsch-französischen Beziehungen.

Paris, 29. Oktober. Gustav **Hervé**, der früher in seinem Blatt „La Victoire" lange für die deutsch-französische Aussöhnung eingetreten war, aber seit einiger Zeit geschwiegen hatte, tritt jetzt wieder mit einem Artikel hervor, in dem er die restlose Vereinigung der deutsch-französischen Beziehungen warm befürwortet. Zum Schluß erklärt Hervé, er sei überzeugt, daß in einigen Monaten Marschall Pétain die Leitung der Geschicke Frankreichs übernommen werde, und daß dieser im Namen des neuen autoritären republikanischen Regimes gegenüber Deutschland die große Geste der Versöhnung vollziehen werde, mit der das französische Volk einverstanden sei.

Der Direktor der „Action Française" verhaftet.

Paris, 29. Oktober. Der Direktor der **Action Française** Charles **Maurras**, dessen Berufung gegen ein auf elf Monate Gefängnis lautendes Urteil wegen Aufreizung zum Morde am Donnerstag vom Kassationsgerichtshof abgelehnt worden war, ist in den frühen Abendstunden verhaftet und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Veränderungen im englischen Kabinett.

London, 29. Oktober. Die durch den Tod des Ministers für Schottland, Sir **G. Collins**, erforderlich gewordene Ergänzung des Kabinetts wurde am Donnerstag vollzogen.

Der bisherige Landwirtschaftsminister Walter **Elliot** wurde zum Minister für Schottland ernannt, der bisherige Finanzsekretär des Schatzamtes W. S. **Morrison** zum Landwirtschaftsminister. Nachfolger Morrisons im Schatzamt wurde der bisherige Unterstaatssekretär für Schottland, Oberst **Colville**, der seinerseits durch **Wedderburn** abgelöst wird. Gleichzeitig erhielt der Verkehrsminister **Hoare-Belisha** den Rang eines Kabinettsmitgliedes. Diese Personalveränderungen wurden am Donnerstag vom König genehmigt.

Die Machenschaften des roten „Botschafters" in Paris.

Paris, 29. Oktober. **Le Jour** veröffentlicht Schriftstücke, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß sich die „amtlichen" spanischen Kreise in Frankreich um die Neutralität nicht kümmern. Es handelt sich um den Wortlaut von Verträgen, auf Grund deren französische Offiziere Kriegsdienste im roten Spanien nehmen sollen, um Empfehlungsschreiben an die „republikanischen spanischen Behörden" für eben diese Offiziere und um Freigeleitscheine, die der Madrider „Botschafter" Araquistain persönlich unterzeichnet hat. „Le Jour" hat diese Dokumente von einem französischen Offizier erhalten, der ebenfalls verpflichtet werden sollte. Dieser Gewährsmann stellt fest, daß in der roten spanischen „Botschaft" nur der Wunsch herrsche, so schnell als möglich Leute für die rote Madrider Armee anzuwerben. Araquistain habe ihm gesagt, die roten Truppen verfügten über ausgezeichnetes Material. Die Geschütze hyp. Gefechtsteile seien mit dem Dampfer „Zurianin" in Barcelona eingetroffen, der aus dem Schwarzen Meer angeblich mit einer Ladung Lebensmittel gekommen sei.

„Le Jour" fragt, mit welchem Recht ein ausländischer Diplomat es wagen könne, Staatsangehörige eines Landes anzuwerben, das sich amtlich für neutral erklärt habe.

Erholungsurlaub Lord Cranbornes.

London, 29. Oktober. Der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Lord **Cranborne**, hat aus Gesundheitsrücksichten einen kurzen Erholungsurlaub angetreten. Er hat daher auch an der heutigen Parlamentssitzung nicht mehr teilgenommen. Cranborne hofft, in etwa zehn Tagen wieder seine Amtsgeschäfte aufnehmen zu können.

Deutliche Worte Hoares an die Moskauer Internationale.

London, 30. Oktober. Zum erstenmal hat ein englisches Regierungsmitglied eine öffentliche Mahnung an die Moskauer Internationale gerichtet, sich nicht in die englischen Angelegenheiten einzumischen.

Der Marineminister Sir Samuel **Hoare** erklärte am Donnerstag abend in einer Versammlung nach einem Hinweis auf die Nichteinmischungspolitik gegenüber Spanien:

„Es ist beinahe immer katastrophal, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, und ich empfehle diese Beobachtung den Agenten der Kommunistischen Internationale. Sie werden feststellen, daß, je mehr sie sich in die inneren Angelegenheiten Englands einmischen, umso schlimmer die Rückwirkungen gegen ihre eigenen Machenschaften sein werden."

Unter keinen Umständen, so fuhr der Marineminister fort, dürfe sich England seinerseits in Angelegenheiten einmischen, die es nichts angingen. Angesichts der befremdenden Tatsache der Anwahme der zum spanischen Bürgerkrieg sei es notwendig, dies sehr klar und deutlich zu sagen: Wenn es nach den Einmischungspolitikern der Opposition ginge, dann würde Europa in einen Krieg gestürzt werden. Die beiden Hauptaufgaben der britischen Regierung seitdem seien, England gegen Angriffe zu schützen und das englische Volk körperlich zu ertüchtigen. Mit Recht hätten sich die autoritären Staaten der körperlichen Ertüchtigung des Volkes gewidmet, und die „Demokratien" könnten es sich nicht leisten, an dieser Tatsache vorbeizugehen.

Sowjetrussische Tanks gegen spanische Nationale.

Salamanca, 30. Oktober. Der Heeresbericht aus dem Hauptquartier des Oberbefehlshabers in Salamanca meldet, daß rote, Milizen, unterstützt von 40 sowjetrussischen und von sowjetrussischer Mannschaft geführten Tanks, am Frontabschnitt Torrejones und Sesena südwestlich den Madrid einen Gegenangriff versucht haben. Die roten Horden mit ihren sowjetrussischen stumpanen wurden in die Flucht geschlagen und ließen Hunderte von Toten zurück. Drei sowjetrussische Tanks wurden von den Nationalen erbeutet.

Auch an der Teruel-Front wurde bei Nopuala ein Angriff der Roten von den nationalen Truppen, die wirksam von Fliegern unterstützt wurden, zurückgeschlagen. Die Verluste der Roten waren groß. — Trotz heftigen Widerstandes der Marxisten konnten die nationalen Truppen am Donnerstag am Frontabschnitt Escorial weiter vorgehen und wichtige Stellungen besetzen. An der Guadalajara-Front sind die Nationalen ebenfalls weiter vorangekommen.

Die neue belgische Militärvorlage.

Brüssel, 29. Oktober. Ueber die Militärvorlage, die in der kommenden Woche in der Kammer in öffentlicher Sitzung behandelt wird, werden jetzt weitere Einzelheiten bekannt. Das Kernstück der Vorlage ist die Neuregelung der aktiven Dienstzeit.

Auf Grund der Vorschläge, die im gemischten Militärausschuß ausgearbeitet wurden, ist für die Infanterie- und die Radfahrerabteilungen eine Dienstzeit von 18 Monaten, für die anderen Formationen eine solche von 12 Monaten vorgesehen. Ferner soll das Milizkontingent, das augenblicklich eine Stärke von 41 000 Mann hat, diese Mannstärke jedoch infolge des alljährlichen Ausfalls niemals mehr als 41 000 Mann betragen hat, in der Weise erhöht werden, daß der alljährliche Ausfall ausgeglichen wird. Schließlich sollen alle Mittel der aktiven und passiven Verteidigung so zusammengefaßt werden, daß eine ständige Deckung der Grenzen gesichert wird.

Die Militärvorlage geht von der Annahme eines ohne vorherige Kriegserklärung plötzlich erfolgenden Angriffes auf Belgien aus, dessen Abwehr die Landesverteidigung in ihrem heutigen Stand nach der Ansicht des belgischen Generalstabes nicht gewachsen wäre. Nach den Feststellungen des Gemischten Militärausschusses, dessen Arbeiten die Hauptgrundlage für die neuen Militärgesetze bilden, hat sich das Problem der ständigen Grenzdeckung infolge des technischen Fortschritte, namentlich der Motorisierung in den letzten Jahren in entscheidender Weise verändert. Die Gefahr eines unerwarteten Einfalls stelle sich heute unter einem ganz anderen militärischen und politischen Gesichtspunkt dar als bei der Militärreform im Jahre 1928. Die Wirksamkeit einer ständigen Grenzdeckung erfordere die Zusammenfassung aller aktiven und passiven Verteidigungsmittel. Das wirksamste Mittel der passiven Verteidigung sei die Durchführung von Zerstörungen. Deshalb sei es notwendig, während der ganzen Jahres in den technischen Einheiten ausreichend ausgebildete Mannschaften ständig unter Waffen zu halten. Die aktive Verteidigung soll sich vor allem auf die Radfahrerkompanien und das Ardennenschützenkorps, die Kavallerie, die Festungen Lüttich und Namur, die Infanterieregimenter, die Maschinengewehrbataillone, die Infanteriebatterien und schließlich auch die Nachrichtentruppen stützen. Hierzu gehört auch die Luftabwehrorganisation, die künftig erheblich verstärkt werden soll.

Mit der neuen Militärvorlage soll das Ziel erreicht werden, Belgien vor den Katastrophen zu schützen, die ein neuer Krieg, in den Belgien trotz seiner Unabhängigkeitspolitik verwickelt werden könnte, mit sich bringen würde. Hierzu wird es, wie in der Begründung der Gesetzentwürfe hervorgehoben wird, für notwendig erachtet, die Landesverteidigung so zu gestalten, daß jede Macht, die versuchen würde, Belgien zu überfallen, sich von vornherein darüber klar sein muß, daß die Verwirklichung dieser Absicht mehr Nachteile und Gefahren als Vorteile mit sich bringen würde.

Frühere englische Lieferungen an Madrid.

London, 29. Oktober. Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums teilte am Donnerstag im Unterhaus auf Anfrage mit, daß im Juli gemäß einer Bestellung der Madrider Regierung vom 21. November 1935 25 Maschinengewehre nach Spanien ausgeführt worden seien. Außerdem seien Anfang August, aber vor dem Inkrafttreten des Nichteinmischungsabkommens, sieben Verkehrsflugzeuge ausgeführt worden.

Bessere Lage in Palästina.

London, 29. Oktober. Im Unterhaus teilte der Kolonialminister **Ormsby-Gore** mit, die Königliche Kommission zur Untersuchung der Beschwerden der Araber und Juden werde Ende nächster Woche nach Palästina abreisen. Er äußerte sich sehr befriedigt über die Einstellung des Generalstreiks. Die Lage besserte sich fast überall. Seit dem 15. Oktober sei es nur zu kleinen vereinzelten Zwischenfällen gekommen, obwohl ein paar arabische Banden, die zum Teil nicht aus Palästina stammten, immer noch an einigen Stellen Unruhe zu stiften suchten. Im allgemeinen sei aber das Land jetzt ruhig. Die Bevölkerung gehe wieder ihrer normalen Beschäftigung nach. Eine Verminderung der nach Palästina entlandten Verstärkungen sei in Vorbereitung.

Die Unruhen in Palästina hatten bis zum 15. Oktober folgende Opfer gefordert: Mohammedaner 187 Tote, Juden 80 Tote, Christen 10 Tote, die britischen Streitkräfte 21 Tote, Polizei einschließlich Grenzschutz 15 Tote. Die Zahl der Verletzten betrage durchschnittlich das Vier- bis Fünfzehe der genannten Ziffern.

Trotzki von norwegischen Gerichten abgewiesen.

Oslo, 29. Oktober. Das norwegische Kabinett hat sich erneut mit Trotzki beschäftigen müssen. Trotzki hatte eine Verleumdungsklage gegen eine kommunistische Zeitung und gegen ein völkisches Blatt eingereicht, die beide über den Moskauer Sinowjew-Prozeß berichtet hatten. Er wollte sich von einem norwegischen Gericht bescheinigen lassen, daß die dort gegen ihn erhobenen Beschuldigungen falsch seien.

Nunmehr hat die norwegische Regierung durch eine Kabinettsordre eingegriffen, die eine Weiterführung der Klage unterlagt.

Stojadinowitsch in Ankara.

Ankara, 29. Oktober. Der jugoslawische Ministerpräsident und Außenminister Stojadinowitsch traf am Mittwoch vormittag in Ankara ein. Er besuchte den türkischen Ministerpräsidenten und den Außenminister und wurde sodann vom Staatspräsidenten zu Audienz empfangen.

An die Audienz schloß sich eine zweistündige Aussprache mit dem Staatspräsidenten in Anwesenheit des türkischen Außenministers.

Die gesamte türkische Presse betont anläßlich des Besuches die Festigkeit der türkisch-jugoslawischen Freundschaft.

Japanische Kritik an englischen Annäherungsbemühungen.

Tokio, 29. Oktober. Das Blatt **Kokumin Schimbun** schreibt, die japanische Regierung habe sich überzeugt, daß für Japan keine Notwendigkeit vorliege, weitere Schritte für einen englisch-japanischen Ausgleich zu tun. Das Blatt erinnert daran, daß gelegentlich der Entsendung des Botschafters Hoschida nach London beide Länder die Frage einer Erneuerung des früheren Bündnisses erörtert hätten.

England habe die Erneuerung des Bündnisses jedoch nur unter dem Gesichtswinkel einer Sicherung seiner türkischen Beziehungen und Interessen gegeben, während es andererseits den Wirtschaftskrieg gegen Japan rücksichtslos weitergeführt habe. Außerdem habe England versucht, in letzter Zeit die chinesisch-japanischen Verhandlungen zu stören und eine Annäherung zwischen beiden Ländern zu verhindern. Japan sei deshalb unter Führung von Ministerpräsident Hirota und Außenminister Arita mehr als je entschlossen, das politische Schwergewicht auf den Fernen Osten zu legen und einen Ausgleich mit China herbeizuführen.

Als Gegenzug gegen die von England geplanten Kredite für China müsse Japan die Verhandlungen im Ranking auf breitere Grundlage stellen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit durch Gewährung von Exportkrediten und Einrichtung chinesisch-japanischer Handelsausschüsse in Osaka und Schanghai gewährleisten.

Wie aus politischen Kreisen hierzu verlautet, stehen japanische Marinekreise allen Versuchen einer Erneuerung des Bündnisses fern, da gerade diese Kreise die politischen und wirtschaftlichen Gegensätze zwischen England und Japan genau übersähen. Ein englisch-japanisches Bündnis sei nur möglich unter Verzicht Japans auf seine Führerrolle im Fernen Osten und insbesondere unter Verzicht auf die Herstellung eines Blockes von Japan, Mandschukuo und China.

Auch die dem Auswärtigen Amt nahestehende **Japan-Times** wendet sich gegen die unbegründete Bündnisspekerei der japanischen Presse. Das Blatt vertritt die Ansicht, daß die Zeiten für offene Bündnisse vorüber seien, da sich eine Zusammenarbeit von Staaten zwangsläufig aus den gemeinsamen Interessen jeder Art, wie bei Deutschland, Italien und Japan ergäben. Hier seien drei führende Staaten der Welt im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus auch ohne vertragliche Bindung zusammengeführt worden. Die gemeinsamen deutsch-japanischen Interessen gegen Moskau seien offenbar, aber Japan könne keine Verträge eingehen, die es in europäische Streitigkeiten hineinführe, da es unlösbar an Ostasien gebunden sei.

Steuerfluchtbrief und Vermögensbeschlagnahme.

Berlin, 29. Oktober. Gegen die nachstehend aufgeführte Steuerpflichtige ist ein Steuerfluchtbrief erlassen worden: Witwe Rosa Marx geborene Rosenheim, geboren am 7. Januar 1875 zu Krombach, zuletzt wohnhaft gewesen in Siegen, Giersbergstr. 11, zur Zeit in Meran, wegen Reichsfluchtsteuer in Höhe von 192 100 RM vom Finanzamt Siegen.

Es ergeht hiermit die Aufforderung, die obengenannte Steuerpflichtige, falls sie im Inland betroffen wird, vorläufig festzunehmen und unverzüglich dem Amtsrichter des Bezirks, in dem die Festnahme erfolgt, vorzuführen.

Verantwortlich: Kurt Schwertzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.